

Zur Gefolgschaft verdammt: Ankaras Irak-Dilemma

Heinz Kramer

Seit Wochen müssen Ministerpräsident Gül von der konservativ-religiösen AKP und deren Parteichef Erdoğan dem Druck gegensätzlicher Interessen und Wünsche standhalten. Die Türkei zählt zu den wenigen Ländern, die einen Krieg der USA gegen den Irak entschieden ablehnen und dennoch ein amerikanisches Ersuchen um Beteiligung nicht zurückweisen können. Ankara möchte vor der eigenen Öffentlichkeit nicht als Vasall der USA erscheinen und fordert einen doppelten Preis für seine Beteiligung. Die absehbaren kriegsbedingten wirtschaftlichen Verluste sollen ausgeglichen werden, und Amerika soll bei der Neuordnung des Iraks die Wahrung türkischer Interessen garantieren: kein selbständiger Kurdenstaat im Nordirak, keine kurdische Verfügungsgewalt über nordirakisches Öl sowie angemessene politische Berücksichtigung der türkischstämmigen Bewohner des Iraks. Trotz entsprechender amerikanischer Zusicherungen kann sich Ankara letztlich nicht sicher sein, ob die USA den verlangten Preis auch tatsächlich zahlen werden.

Die türkischen Politiker werden nicht müde zu betonen, daß sie primär an der Wahrung der nationalen und territorialen Integrität des Iraks interessiert sind. Für Ankara ist der Status quo die zur Zeit beste aller denkbaren Konstellationen. Ein amerikanischer Krieg zur Beseitigung Saddam Husseins würde diese Integrität hochgradig gefährden und dem Interesse der Türkei insofern zuwiderlaufen.

Die Türkei ist sich der Risiken bewußt, die Saddams Regime für die Sicherheit der Region und überregional darstellt, und sie akzeptiert keineswegs dessen diktatorische und menschenverachtende Züge. Für sie ist Saddam jedoch das kleinere Übel, solange

keine glaubwürdige Alternative erkennbar ist, die dem nationalen Interesse der Türkei in gleicher Weise dient.

Türkische Interessen und Perzeptionen

Dieses Interesse resultiert aus der türkischen Wahrnehmung des Kurdenproblems: Ankara fürchtet das erneute Aufkommen (gewaltsamer) separatistischer Bestrebungen in der eigenen kurdischen Bevölkerung, sollten in einem Landstrich der Region die Kurden politische Autonomie auf territorialer Grundlage erlangen. Die größten Aussichten hierfür bestehen zur

Zeit im Norden des Iraks an der Grenze zur Türkei, wo es seit dem zweiten Golfkrieg eine kurdische Selbstverwaltung unter alliierterem Schutz gibt.

Das Gebiet ist jedoch faktisch in zwei Zonen geteilt, in denen rivalisierende Gruppen – die KDP unter Führung von Massoud Barzani und die PUK unter Führung von Jalal Talabani – die Herrschaft ausüben. Beiden fällt es schwer, sich auf eine gemeinsame »Regierung« zu verständigen. Deshalb konnten sich in einem Teil der Region einige hundert PKK-Kämpfer einnisten, die nach dem offiziellen Ende des Kampfes gegen den türkischen Staat im Jahr 1999 in den Nordirak ausgewichen sind, um sich der Verfolgung durch das türkische Militär zu entziehen. Sie werden von der türkischen Führung als latente Bedrohung angesehen.

Die Türkei hält es für unwahrscheinlich, daß nach einem gewaltsamen Sturz Saddam Husseins eine Nachfolgeregierung in Bagdad etabliert werden kann, die in der Lage wäre, die territoriale Integrität des Iraks auf Dauer zu bewahren. Die ethnischen, politischen und religiösen Interessengegensätze werden als zu stark eingeschätzt, als daß sie in einem wie auch immer konstruierten demokratischen Nachfolgesystem ausgeglichen werden könnten. Man rechnet in Ankara, eher früher als später, mit dem Entstehen eines selbständigen Kurdenstaates im Nordirak, zumindest aber mit einer weitgehend autonomen kurdischen politischen Entität im Rahmen eines sehr locker konstruierten irakischen Staatsverbandes.

Da sie ein gemeinsames Interesse daran haben, eine solche Entwicklung zu verhindern, lehnen die Staatseliten, die Militärführung, die säkular-kemalistisch orientierten Teile der Öffentlichkeit, aber auch die regierende AKP (Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei) die amerikanische Irakpolitik entschieden ab. Seit sich die Anzeichen mehren, daß die USA in jedem Fall den Irak angreifen werden, kommt es auch in den größeren Städten der Türkei immer wieder zu öffentlichen Protestaktionen.

Jüngste Umfragen zeigen, daß inzwischen 94 Prozent der Bevölkerung den Krieg ablehnen.

Die türkische Führung favorisiert als Alternative zum Militärschlag eine konsequente Eindämmung Saddams durch lückenlose und wirksame UN-Kontrollen. Der Irak könnte für sein Wohlverhalten mit einer schrittweisen Aufhebung des Embargos belohnt werden. Das käme auch dem türkischen Interesse entgegen, ungehinderte Wirtschaftsbeziehungen mit dem Nachbarland wiederherzustellen, einem der potentiell größten regionalen Absatzmärkte für die türkische Wirtschaft.

Die religiös orientierten Kräfte des politischen Spektrums und die eher traditionell eingestellten Teile der Bevölkerung lehnen einen amerikanischen Krieg gegen den Irak auch deswegen ab, weil er sich gegen ein islamisches Brudervolk richten würde. Aus dem gleichen Grund verurteilten sie seinerzeit auch das Vorgehen der USA gegen Afghanistan. Diese Haltung war damals nicht mit Sympathie für das Taliban-Regime oder bin Ladens Terrororganisation gleichzusetzen und bedeutet auch heute nicht Sympathie für Saddam Hussein.

Im Gegensatz zu einigen arabischen Staaten herrscht bei den meisten Anhängern des politisch organisierten Islam in der Türkei keine ideologisch motivierte anti-amerikanische Grundstimmung. Ihnen geht es vor allem um das irakische Volk, um die Glaubensbrüder, deren Leben durch einen US-Krieg unmittelbar bedroht ist – einen Krieg zumal, dessen Ziele für die Mehrheit der türkischen Bevölkerung nicht nachvollziehbar sind. Soll die irakische Bedrohung, mit der die USA und die Welt ein Jahrzehnt leidlich leben konnten, mit einem Mal so groß geworden sein, daß nur noch die umgehende militärische Ausschaltung in Frage kommt?

Viele Türken hegen den Verdacht, daß es der US-Regierung um mehr geht – oder um ganz etwas anderes – als um die Beseitigung des Bedrohungsfaktors Saddam Hussein. Die meisten von ihnen würden dem belgischen Außenminister Michel

zustimmen, daß »Macht und Öl« die entscheidenden Beweggründe für das amerikanische Vorgehen seien, das außerdem davon ablenken solle, daß bin Laden noch immer nicht gefaßt werden konnte.

Abhängigkeiten und Zwänge

Diesen nationalen Grundinteressen und Stimmungen steht in der türkischen Führung und in Teilen der meinungsbildenden Medien die Erkenntnis gegenüber, daß die Türkei sicherheitspolitisch und hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Entwicklung in sehr hohem Maße von den USA abhängig ist. Innerhalb der NATO besteht seit langem eine türkisch-amerikanische Sonderbeziehung, die durch die strategische, von den USA geförderte Beziehung zwischen Israel und der Türkei eine Außenverstärkung erfahren hat. Generell fanden türkische Sicherheitsinteressen in Washington stets größeres Verständnis als in den Hauptstädten Europas. Wirtschaftlich kann die Türkei ihre gegenwärtige Strukturkrise nur mit Hilfe des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank überwinden, in denen wiederum die USA ein besonderes Gewicht haben. Auch die auf den kaspischen Raum gerichteten türkischen »Energieträume« können nur dann Realität werden, wenn Washington seine bisherige Unterstützung aufrechterhält.

Für die Stellung als regionaler »Vorzugsalliiertes« wird der Türkei der Preis einer nahezu unbedingten Gefolgschaftstreue abverlangt. Ihn fordern die USA nun hinsichtlich der Irakpolitik immer nachdrücklicher ein, und Ankara sieht keine Möglichkeit, sich diesem Druck zu entziehen. Das gilt um so mehr, als die EU bisher nicht bereit war – letztlich auch gar nicht in der Lage ist –, der Türkei eine gleichwertige Alternative und damit die institutionelle Absicherung einer abweichenden türkischen Politik anzubieten.

Anders als für die europäischen Staaten, die für eine Nichtbeteiligung am Krieg mit Einbußen an politischem Status und globalem Einfluß im atlantischen und euro-

päischen Kontext bezahlen würden, steht für die Türkei als Nachbar des Iraks, der die negativen Begleiterscheinungen des Krieges direkt und unmittelbar zu spüren bekommen wird, sehr viel auf dem Spiel: Sie muß mit erheblichen Flüchtlingsströmen aus dem Irak rechnen sowie mit einer erneuten Verschärfung der Wirtschaftskrise infolge zumindest vorübergehend steigender Ölpreise und eines Einbruchs im Tourismusgeschäft, in das direkt und indirekt immerhin 25 Prozent der türkischen Wirtschaft involviert sind. Ebenso spürbar dürfte sich eine mögliche weltwirtschaftliche Konjunkturdämpfung auswirken. Ob eine Türkei, die eine Teilnahme am Krieg verweigert, bei der Bewältigung dieser Folgelasten von den USA unterstützt wird, ist ebenso zu bezweifeln wie die Annahme, daß die Türkei nach dem Krieg zu den Vorzugspartnern eines »neuen«, unter starkem amerikanischem Einfluß stehenden Irak gehören würde.

Diese Sorgen lasten auf der türkischen Führung. Schwerer noch wiegt die Sorge, durch eine Nichtbeteiligung jegliche Einflußnahme auf eine Regelung der Nachkriegsordnung zu verspielen. Ankara hat ein überragendes Interesse daran, künftig auf die Entwicklung im nordirakischen Kurdengebiet eher noch mehr Einfluß als bisher auszuüben. Das geht aber nur an der Seite der USA, nicht gegen sie. Nur in diesem Rahmen läßt sich verhindern, daß die nordirakischen Kurdenführer ihr Interesse an der Kontrolle der Ölquellen in der Region Mossul und bei Kirkuk durchsetzen können. Noch schlimmer als ein weitgehend selbständiger Kurdenstaat im Nordirak ist aus türkischer Sicht ein weitgehend selbständiger Kurdenstaat, der über Öl verfügt und damit gegenüber Ankara selbständiger als bisher agieren könnte.

Amerikanische Forderungen und türkische Reaktionen

Die Anfang November neu ins Amt gewählte AKP-Regierung bemühte sich in den letzten Wochen, eine Festlegung der türkischen Haltung so lange wie möglich zu

vermeiden. Prekär wurde es für sie erst, als sich bestätigte, daß die USA mehr als nur eine Minimalkooperation erwarten. Um den Krieg zu verkürzen, will Washington mit türkischer Unterstützung eine »Nordfront« gegen den Irak aufbauen. Dazu sollen, gestützt auf türkische Basen, in großem Umfang Luftoperationen gegen irakische Ziele durchgeführt, aber auch Bodentruppen von türkischem Territorium aus eingesetzt werden. Mit diesen Kontingenten sollen Kommandounternehmen abgesichert werden, die strategische Ziele im Norden Iraks, etwa die dortigen Ölfelder, möglichst frühzeitig unter amerikanische Kontrolle bringen sollen.

Konkret wollen die USA die Luftwaffenbasis İncirlik in der Südtürkei, die ihnen schon seit Jahrzehnten dient, sowie näher zur irakischen Grenze gelegene türkische Basen in Diyarbakır und Batman nutzen. Ferner sollen über den zweiten, auf der kleinasiatischen Seite gelegenen Großflughafen Istanbuls, der bisher nicht ausgelastet war, Nachschub- und andere logistische Operationen durchgeführt werden. Mehrere türkische Häfen, darunter Mersin und İskenderun, sollen Schiffen, die mit Waffen und Gerät für die Bodentruppen der amerikanischen »Nordfront« befrachtet sind, als Anlaufhäfen dienen und müssen entsprechend ausgerüstet werden. Diese Bodentruppen, mehrere zehntausend Mann, sollen zum Teil vorübergehend auf Rotationsbasis in der Türkei stationiert werden.

Die Türkei muß den Amerikanern deshalb nicht nur ihren gesamten Luftraum öffnen, sondern auch der Stationierung fremder Truppen auf türkischem Boden sowie der uneingeschränkten Nutzung von Straßen und Eisenbahntrassen durch diese Truppen zustimmen. Diese Wünsche hat der stellvertretende amerikanische Verteidigungsminister Wolfowitz bereits im Dezember 2002 übermittelt und Ankara amerikanische Gegenleistungen in Aussicht gestellt. Seitdem wurden auch auf Beamtenebene vielfältige türkisch-amerikanische Gespräche über die Umsetzung geführt.

Dennoch zögerte die Regierung in Ankara lange, ausdrücklich und offen den amerikanischen Wünschen zu entsprechen. Noch Anfang Januar unternahm Ministerpräsident Gül eine Rundreise durch sechs arabische Staaten, um unter den Nachbarn des Iraks ein gemeinsames Vorgehen zur Überwindung der Krise zu vermitteln. Gleichzeitig bemühte sich der türkische Handelsminister in Bagdad, Saddam Hussein zu einer uneingeschränkten Erfüllung der in UN-Resolution 1441 erhobenen Forderungen zu bewegen. Doch zeigte die Konferenz der Außenminister der irakischen Nachbarstaaten am 23. Januar in Istanbul, daß es eine Illusion war anzunehmen, die regionalen Staaten könnten einen eigenständigen Beitrag zur Lösung der Krise leisten – und schon gar unter türkischer Führung, selbst wenn diese religiöse Komponenten aufweist. Bagdad reagierte auf die türkischen Bemühungen mit der Drohung, jeder amerikanische Verbündete in der Region würde im Kriegsfall Ziel irakischer Operationen sein.

Je mehr Druck die Amerikaner auf die UN ausübten, desto massiver bedrängten sie auch Ankara. Ende Januar besichtigten Experten die ins Auge gefaßten Basen, Häfen und andere Einrichtungen mit dem Ziel, die für eine amerikanische Nutzung notwendigen Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen festzulegen. Eine kleine Zahl amerikanischer Militärexperten soll über die Türkei in den Nordirak gefahren sein, um auch dort Vorbereitungen zu treffen.

Obwohl die Regierung Gül weiß, daß sie sich dadurch bei ihren Anhängern äußerst unbeliebt macht, hatte sie letztlich keine andere Wahl, als mit den Amerikanern in detaillierte Verhandlungen über einen Ausgleich zwischen amerikanischen Wünschen und türkischen Interessen einzutreten. Die bilateralen Gespräche haben seit Anfang Februar deutlich an Intensität gewonnen. Ihre vorläufigen Ergebnisse stellten das Parlament in einer Weise zufrieden, daß es am 6. Februar mit großer Mehrheit, allerdings gegen die Stimmen der sozialdemokrati-

schen Opposition der CHP, zustimmte, amerikanische Militärkräfte zur Instandsetzung und Modernisierung der Basen ins Land zu lassen. Die US-Streitkräfte haben inzwischen mit den entsprechenden Arbeiten begonnen.

Nach diesem erfolgreichen Test der Geschlossenheit der Regierungsfraktion dürfte die Regierung das Parlament demnächst auch um die Zustimmung zu der wesentlich sensibleren Frage der Nutzung der Basen, Häfen und Verbindungswege sowie der befristeten Anwesenheit erheblicher amerikanischer Truppenkontingente ersuchen – und diese vermutlich auch erhalten. Allerdings drängt Ankara Washington darauf, vorher die Erfüllung türkischer Forderungen nach wirtschaftlicher Kompensation und nach Stationierung türkischer Truppen im Nordirak zuzusichern.

Auch nach dem Einschwenken auf die amerikanische Linie sah sich Ministerpräsident Gül weiter genötigt, gegenüber der eigenen Öffentlichkeit die türkischen Bemühungen um eine friedliche Lösung hervorzukehren. In einer Fernsehansprache erklärte er: »Ein Krieg im Irak wird kein Krieg der Türkei sein.« Zu groß ist offensichtlich die Befürchtung der AKP-Führung, die Anhängerschaft der Partei zu verprellen, zu groß die Sorge, daß viele Abgeordnete während der kurzen Ferien anlässlich des islamischen Opferfestes durch enge Kontakte mit der Parteibasis in ihrer Unterstützung der Regierungslinie wieder schwankend geworden sein könnten.

AKP-Chef Erdoğan will schließlich am 9. März bei Nachwahlen in der Provinz Siirt, im Grenzgebiet zum Irak gelegen, ins Parlament gewählt werden und damit die Voraussetzungen für die formelle Übernahme der Regierungsgeschäfte schaffen. Weder der Anschein persönlicher Kriegsbereitschaft noch ein tatsächlicher Kriegsausbruch dürfen ihm einen Strich durch die Rechnung machen. Auch würde die Regierung Gül angesichts des weltweit beachteten hinhaltenden Widerstandes mehrerer europäischer Staaten gegen die

amerikanischen Kriegspläne in den Augen der türkischen Öffentlichkeit und des Parlaments deutlich besser dastehen, wenn zuvor eine erneute Resolution des UN-Sicherheitsrates zustande käme, in der die Unausweichlichkeit der Militäraktion explizit oder implizit anerkannt wird.

Der Preis für das türkische Mitwirken

Voraussetzung für die weitgehende Erfüllung amerikanischer Wünsche ist die Einigung über wichtige türkische Forderungen. Darauf legt auch die Militärführung großen Wert, denn diese Forderungen betreffen vorrangig die im Krieg ausübende Rolle der türkischen Streitkräfte als »Stabilisator« im Nordirak und die finanziellen Leistungen der USA zum Ausgleich der erwarteten wirtschaftlichen Nachteile.

Militärisches Engagement im Nordirak

Die türkische Führung und insbesondere die Militärführung will sicherstellen, daß im Nordirak zusammen mit den amerikanischen Truppen ein großes türkisches Militärkontingent stationiert wird. Es ist von mehreren zehntausend Mann die Rede. Dieses Verlangen stößt naturgemäß auf den Widerstand der beiden kurdischen Gruppierungen, die sich die Herrschaft über das Gebiet teilen. Sie fürchten, daß einer türkischen »Besetzung« die Autonomie zum Opfer fallen könnte, die sie in den letzten zwölf Jahren unter großen Mühen errungen haben. Bisher ist es den amerikanischen Beauftragten nicht gelungen, einen Kompromiß über die Größe des türkischen Truppenkontingents und seinen Stationierungsraum auszuhandeln.

Das türkische Militär verfolgt mehrere Ziele: Die Truppen sollen ein Einströmen der erwarteten Flüchtlingsmassen auf türkisches Territorium verhindern. Daher bereiten türkische Stellen seit Wochen im Nordirak den Aufbau von 17 großen Zeltstädten vor, in denen die Flüchtlinge unter Aufsicht türkischen Militärs untergebracht

werden sollen. Über ihre Versorgung, die nur mit umfangreicher internationaler Hilfe zu gewährleisten ist, verhandelt die Türkei seit längerem mit den entsprechenden internationalen Hilfsorganisationen.

Weitaus größere Bedeutung wird der türkischen militärischen Präsenz im Nordirak aber für das strategische Ziel beigemessen, die im Verlauf des Krieges mögliche Etablierung eines selbständigen Kurdenstaates und eine kurdische Kontrolle über die Ölfelder zu verhindern. Entsprechende Befürchtungen sind nicht unbegründet. Aus kurdischen Kreisen verlautete immer wieder, daß Kirkuk »selbstverständlich« kurdisches Gebiet sei, das unter Saddam zwangsweise arabisiert wurde. Die Kurdenführer hegen ihrerseits den Verdacht, die Türkei könnte ihre starke Militärpräsenz für eine Besetzung der Ölgebiete nutzen – und sei es nur als Faustpfand, um eine Nachkriegsregelung für den Irak in türkischem Sinne herbeizuführen. Die immer wieder vorgebrachten türkischen Hinweise, die alte osmanische Provinz Mossul sei eigentlich das Hauptsiedlungsgebiet der Turkmenen, der türkischstämmigen Bevölkerung des Iraks, liefert hinreichende Gründe für das Mißtrauen gegenüber Ankara.

Das amerikanische Nordirak-Dilemma

Die Regelung dieses Problems ist für die Amerikaner zwar nicht unmittelbar kriegswichtig, doch für die Gestaltung der Nach-Saddam-Phase von herausragender Bedeutung. Die USA müssen im Interesse ihrer eigenen politischen Handlungsfähigkeit sicherstellen, daß weder die Kurden noch die Türkei eine Vorentscheidung für die Nachkriegsregelung festschreiben. Dennoch dürfte auch dem amerikanischen Militär nicht daran gelegen sein, daß nach dem Einmarsch in den Irak in seinem Rücken oder in seiner Nähe Scharmützel zwischen türkischem Militär und kurdischen Peschmerga zum Alltag werden.

Zusätzlich kompliziert wird die Situation durch die Ankündigung der PKK-Füh-

rung, sich mit Waffengewalt gegen jeden Versuch des türkischen Militärs zu wehren, die Anwesenheit im Nordirak auszunutzen, um die letzten dorthin geflüchteten PKK-Kampfeinheiten zu vernichten. Die PKK fürchtet zudem, auch von den Kurdenführern im Nordirak stärker unter Druck gesetzt zu werden, sobald diese dort mit amerikanischer Hilfe ihren autonomen Staat errichtet haben. Osman Öcalan, der Bruder des in der Türkei inhaftierten PKK-Chefs, hat bereits für den Fall mit gewaltsamen Auseinandersetzungen gedroht, daß eine politische Regelung im Nordirak ohne die PKK gesucht wird.

All diese Äußerungen tragen dazu bei, das Mißtrauen des türkischen Militärs zu nähren, seine Wachsamkeit zu schärfen und das Interesse an einer starken Präsenz im Nordirak zu vergrößern. Die Wahrscheinlichkeit, daß es im Nordirak zu Kampfhandlungen zwischen türkischem Militär und kurdischen Kämpfern – welcher Couleur auch immer – kommt, ist also nicht gering. Darüber kann auch die wiederholte Versicherung der türkischen Führung nicht hinwegtäuschen, daß das türkische Militär im Nordirak nur eine stabilisierende Ordnungsfunktion wahrnehmen und Waffengewalt nur im Falle eines Angriffs – und dann mit der gebotenen Zurückhaltung – anwenden würde.

Die von den USA bevorzugte Lösung – die Unterstellung der türkischen Truppen unter das alliierte Kommando und damit unter amerikanischen Oberbefehl – stieß in Ankara auf entschiedene Ablehnung. Sie kam zum Beispiel in der in den Medien kolportierten Äußerung des Generalstabs zum Ausdruck, die türkischen Streitkräfte seien nicht »die Gurkhas« der Amerikaner.

Ein Nachgeben in diesem Punkt würde die Versicherung, am Krieg gegen den Irak nicht teilnehmen zu wollen, für die eigene Öffentlichkeit noch weniger glaubwürdig klingen lassen. Zum anderen will die Türkei bei der Verfolgung nationaler Interessen traditionell freie Hand haben. Letztlich akzeptierten die USA die türkische Forderung eines »Joint Headquarter« für die

Nordfront, in dem ein türkischer und ein amerikanischer General ihre jeweiligen Truppen befehligen und lose zusammenarbeiten.

Gibt es aber keine Regelung für die Rolle des türkischen Militärs im Nordirak, die auch von den Kurden akzeptiert wird, könnte den USA letztlich keine Wahl bleiben, als einem Teil der eigentlich für den Krieg gegen Saddam eingeplanten Truppen die Aufgabe zu übertragen, die Ölregion Kirkuk/Mossul vor türkischen bzw. kurdischen Zugriffen zu sichern. Nur die USA sind gegenwärtig in der Lage, im Norden Iraks eine Konstellation zu gewährleisten, in der weder die Kurden noch die Türkei den jeweils gewünschten Ansatzpunkt für (möglicherweise gewaltsame) Veränderungen finden. Die Risiken einer eventuellen vorübergehenden amerikanischen Militärverwaltung im Irak sind im Norden also mindestens genauso hoch wie in anderen Regionen des Landes.

Kompensation wirtschaftlicher Nachteile

Hart wird auch um den türkischen Wunsch nach einem Ausgleich der erwarteten wirtschaftlichen Verluste gerungen. Zwar wird Washington nicht mit den in Ankara immer wieder ins Gespräch gebrachten hohen zweistelligen Milliardenbeträgen kalkulieren. Doch wird es bereit sein, je nach tatsächlich eintretenden Wirtschaftsschäden zu deren Ausgleich beizutragen. Dabei ist eine Summe von bis zu zehn Milliarden Dollar im Gespräch, die von den USA als direkte Hilfe geleistet werden könnte. Darüber hinaus soll sich Washington für weitere internationale Kredite in Höhe von bis zu 20 Milliarden Dollar verbürgen.

Aus türkischer Sicht sollte nach Möglichkeit bereits vor einem Kriegsausbruch die Zustimmung des US-Kongresses zu den Hilfsleistungen vorliegen. Andererseits sieht Ankara auch das Risiko, daß ein zu hoher Kreditanteil an der Hilfe die internationale Schuldenlast der Türkei weiter vergrößert, die die langfristige wirtschaft-

liche Entwicklung des Landes ohnehin schon erheblich beeinträchtigt.

Außerdem sollte die Hilfe nicht zu spät geleistet werden. Geraume Zeit nach dem Ende des Krieges wären zwar die türkischen Verluste genauer zu bestimmen, doch hätten sie dann eben auch schon Spuren hinterlassen – mit allen damit verbundenen Nachteilen für die wirtschaftliche Situation des Landes und seiner Bewohner.

Amerikanisches Entgegenkommen in diesen Fragen dürfte auch vom Ausgang der laufenden Gespräche zwischen der türkischen Regierung und dem IWF abhängen. Die Türkei muß den Fonds davon überzeugen, daß sie in diesem Jahr die finanzielle Disziplin aufbringen wird, die erforderlich ist, um die Grundlagen des aktuellen IWF-Sanierungsplans und des damit verbundenen Stand-by-Kredits nicht zu gefährden.

Ankara und Washington gehen bei ihrem nun schon einige Wochen andauernden Poker um die finanzielle Kompensation ein hohes Risiko ein. Die USA brauchen eine baldige Entscheidung, wenn sie ihre ursprünglichen Pläne durchführen wollen. Andernfalls müssen sie auf vorgeplante Alternativen zurückgreifen, in denen die Türkei im wesentlichen keine Rolle spielt. Der Aufbau einer mit Luftlandeoperationen eröffneten »Nordfront« im Nordirak würde in diesem Fall erheblich schwieriger. Unter Umständen könnte er gänzlich unterbleiben. Die Türkei verlöre jegliche Aussicht auf finanzielle Kompensation der dennoch eintretenden Wirtschaftsschäden und müßte auch um ihren Einfluß auf eine Nachkriegsregelung bangen. Dieses Risiko dürfte die türkische Führung bei allem Unbehagen letztlich zum Einlenken veranlassen, auch wenn der amerikanische Preis nicht so hoch ausfällt wie erhofft.

Bündnispolitische Aspekte

Die Frage, ob und wieweit die NATO im Kriegsfall den Bündnispartner Türkei vor irakischen Vergeltungsmaßnahmen

schützen wird, dürfte für die unmittelbare Militäraktion eine eher untergeordnete Rolle spielen. Die akute Bedrohung türkischen Territoriums durch den Irak ist relativ gering. Dennoch besteht ein Restrisiko. Bisher haben indes weder die Türkei noch die Amerikaner Vorsorgemaßnahmen ergriffen, um die türkische Bevölkerung in den Städten des Südostens oder im Nordirak vor einem irakischen Angriff mit Giftgas oder anderen Kampfstoffen zu schützen.

Im übrigen haben die NATO-Mitglieder keinen Zweifel daran gelassen, daß sie der Türkei den notwendigen Beistand leisten werden, sollte es tatsächlich zum Krieg kommen. Entsprechende Maßnahmen wurden eingeleitet. Allerdings ist das bisherige Verhalten der Bündnispartner von erheblicher politischer Brisanz. Das gilt sowohl hinsichtlich der bündnisinternen Entwicklungen als auch für das Klima in den türkisch-europäischen Beziehungen. Das klar gegen die USA gerichtete Zögern wichtiger europäischer Verbündeter, insbesondere Deutschlands und Frankreichs, Planungen der Allianz in Gang zu setzen, bevor der Kriegsfall tatsächlich unabwendbar geworden ist, gibt in Ankara jenen Kräften Auftrieb, die seit jeher einer zu engen Bindung der Türkei an Europa skeptisch gegenüberstehen.

Die Regierung hat sich jedoch eher zurückhaltend über die Bündnispartner geäußert und ein gewisses Verständnis für den politischen Hintergrund der allianzinternen Unstimmigkeiten gezeigt. Dennoch war es für die Regierung Gül schmerzlich, zur Kenntnis zu nehmen, daß sie in den Augen der türkischen Öffentlichkeit nach dem EU-Gipfel von Kopenhagen zum zweiten Mal in kurzer Zeit von den Europäern im Stich gelassen wurde.

Auch für die Türkei ist aber langfristig die Frage von größerer Bedeutung, welchen Schaden die Allianz generell durch die fortwährende Uneinigkeit in der Irakpolitik nimmt. In dem Maße, in dem die NATO als sicherheitspolitischer Anker der Türkei ausfällt, wächst Ankaras Abhängigkeit von den

USA. Und dies muß nicht zwangsläufig Vorteile mit sich bringen, wie das aktuelle Irak-Dilemma zeigt.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2003
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org